

Große Anfrage der Fraktion der CDU

Wissenschaftliche Kooperationen mit China auch im Land Bremen auf den Prüfstand stellen?

Internationale Kooperationen im Wissenschaftsbereich bergen die Chancen, die Wissensgewinnung und den technologischen und gesellschaftlichen Fortschritt voranzutreiben, die wirtschaftliche Prosperität der Länder zu erhöhen sowie bessere Lösungen für globale Probleme, wie etwa den Klimawandel gemeinsam zu erarbeiten. Bei manchen Staaten, insbesondere bei der Volksrepublik China, treten gleichzeitig mögliche Risiken solcher Kooperationen politisch und medial nun immer stärker in den Vordergrund.

Zu solchen Risiken gehören zum einen die Wissenschaftsspionage und ein ungewollter Abfluss von Technologien, Know-how und Wissen ins Ausland. So warnt das Bundesamt für Verfassungsschutz in seinem Webseiten-Artikel zu den „Chinas neuen Wegen der Spionage“ vor „Non-Professionals“, die als Gastwissenschaftler aus China an die deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen kommen und im Rahmen ihres Aufenthaltes Ausforschungs- und Beschaffungstätigkeiten für den chinesischen Staat betreiben. Ebenso wird auf die Gefahr des Abflusses von Know-how, Technologien und Wissen nach China hingewiesen, wenn Wissenschaftler ihre Forschungsarbeit nach China verlegen, z.B. im Rahmen des „Tausend-Talente-Plan“ (TTP) der chinesischen Regierung.

Zum anderen besteht die Gefahr einer Einflussnahme auf die Wissenschafts- und Meinungsfreiheit in Deutschland. So wird im letzten Verfassungsschutzbericht 2022 des Bundesministeriums des Innern und für Heimat auf die Instrumentalisierung der Konfuzius-Institute durch die Kommunistische Partei Chinas für die Verbreitung eines „makellosen Chinabildes“ sowie die Unterminierung der Wissenschaftsfreiheit hingewiesen. Bundesforschungsministerin hat aufgrund dieser Warnungen in einem Artikel vom 29.06.2023 im Handelsblatt gefordert, dass die Kooperationen zwischen den unabhängigen deutschen Hochschulen und den Konfuzius-Instituten beendet werden. Mehrere Hochschulen haben aufgrund dieser Warnungen ihre Zusammenarbeit mit den Konfuzius-Instituten bereits beendet, ausgesetzt oder die Kooperationsverträge neu verhandelt, wie etwa in Hamburg, Frankfurt, Trier und Düsseldorf. Neben den Konfuzius-Instituten stieg an manchen Hochschulen das Risikobewusstsein auch für die Stipendiaten des staatlichen China Scholarship Council (CSC), nachdem CORRECTIV und Deutsche Welle eine Recherche über die Stipendienbedingungen veröffentlicht haben, die die grundgesetzlich verankerte Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit einschränken sollen. Die Konsequenz: Die Friedrich-

Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg nimmt als erste deutsche Hochschule seit diesem Sommer keine reinen CSC-Stipendiaten mehr auf.

Diese Erkenntnisse und Gefahrenlagen dürfen vom Land Bremen und den hiesigen wissenschaftlichen Einrichtungen nicht unterschätzt werden. Mit seiner Spitzenforschung und dem Know-how in zahlreichen Forschungsbereichen stellt Bremen laut dem Verfassungsschutzbericht Bremen 2022 ein Ziel für viele ausländische Nachrichtendienste dar, die an einem illegalen Wissensabfluss ins Ausland interessiert sind. In diesem Zusammenhang sind die bestehenden wissenschaftlichen Kooperationen mit China kritisch zu hinterfragen. Laut der Antwort des Senats auf die Kleine Anfrage „Wissenschaftsfreiheit als Grundlage der Hochschulkooperationen mit China“ im Februar 2020 (Drucksache 20/261) kooperiert die Universität Bremen mit der Shanghai Jiao Tong University und dem Harbin Institute of Technology. Dabei stehen diese chinesischen Einrichtungen laut dem Bericht „Academics, AI, and APTs: How Six Advanced Persistent Threat-Connected Chinese Universities are Advancing AI Research“ des US-amerikanischen Center for Security and Emerging Technology aus dem Jahr 2021 mutmaßlich den staatlich gelenkten Hackergruppen nahe. Das Harbin Institute of Technology zählt außerdem zu der Hochschulvereinigung „Seven Sons of National Defence“ (*„Die sieben Söhne der nationalen Verteidigung“*), die Forschungsergebnisse sammelt und diese höchstwahrscheinlich für militärische Zwecke von China genutzt werden. Des Weiteren wird in der 2023 veröffentlichten Studie „Should Democracies Draw Redlines around Research Collaboration with China? A Case Study of Germany“, herausgegeben vom US-amerikanischen Center for Research Security & Integrity, mehrmals auf die kritischen Kooperationen zwischen den bremischen und chinesischen Wissenschaftseinrichtungen hingewiesen. So belegt die Universität Bremen mit 42 Artikeln Platz 1 bei den deutschen Forschungsinstitutionen, die gemeinsame Publikationen mit der China Academy of Engineering Physics (CAEP) haben, die in der Studie als „Chinas wichtigster Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionskomplex für Atomwaffen“ bezeichnet wird. Auch unter den TOP 15 deutschen Forschungsinstitutionen, die mit der Xidian University in China zusammenarbeiten, ist der Name der Universität Bremen zu finden. Der Xidian University werden in der Studie massive Verbindungen zur chinesischen Verteidigungsindustrie nachgesagt. Angesichts der Warnungen der deutschen Bundesregierung in der China-Strategie, dass auch die Forschung für zivile Zwecke sowie die Grundlagenforschung durch China militärisch verwendet könnten, sind diese wissenschaftlichen Kooperationen kritisch zu hinterfragen. Außerdem muss der Senat Bovenschulte angesichts der jüngsten Warnungen der Bundesregierung und der Behörden in den Verfassungsschutzberichten kritisch überprüfen, inwiefern die Kooperationen mit dem seit 2013 bestehenden Konfuzius-Institut im Land Bremen zu beenden ist.

Wir fragen den Senat:

1. Welche Bedeutung hat die Volksrepublik China für die wissenschaftlichen Einrichtungen im Land Bremen? Welche Chancen und Risiken sieht der Senat in der Zusammenarbeit mit China im Bereich Wissenschaft, Forschung und Lehre?
2. Wie bewertet der Senat die Nationale Sicherheitsstrategie und die China-Strategie der Bundesregierung in Bezug auf die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit

China und welche Konsequenzen und Maßnahmen für die eigene Wissenschaftspolitik im Land Bremen leitet der Senat daraus ab?

3. Welche Strategien und Maßnahmen werden derzeit an den bremischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen verfolgt, um die Gefahr der Wissenschaftsspionage und den einseitigen Wissens- und Technologietransfer durch China und andere Staaten zu mindern und den Zugang zu sensiblen Bereichen der Forschung zu kontrollieren? Wie bewertet der Senat die Effektivität dieser Strategien und Maßnahmen und inwiefern sieht der Senat da einen Verbesserungsbedarf?
4. Welche Wissenschafts-, Forschungs- und Lehrkooperationen bestehen derzeit zwischen den bremischen und chinesischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen? In welchen Bereichen findet diese Zusammenarbeit statt und inwiefern befinden sich darunter auch sensitive und „dual use“ Forschungs- und Wissenschaftsbereiche?
5. Wie viele chinesische Bürgerinnen und Bürger studieren und forschen derzeit an welchen Bremer Hochschulen und Forschungseinrichtungen?
6. Wie viele chinesische Nachwuchswissenschaftler und –wissenschaftlerinnen mit einem Stipendium des Chinese Scholarship Council (CSC) waren oder sind aktuell zu Gast an den bremischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen? Um welche Fachgebiete handelt es sich dabei und inwiefern befanden sich oder befinden sich darunter auch sensible bzw. „dual use“ Wissenschaftsbereiche?
7. Inwiefern hält der Senat es aus Sicherheitsgründen für sinnvoll und notwendig, dass die bremischen Hochschulen die Zusammenarbeit mit den reinen CSC-Stipendiaten, zumindest in einigen, besonders sensiblen Fachbereichen überdenken und diese nicht mehr zulassen bzw. nur diejenigen Stipendiaten zugelassen werden, an deren Auswahl eine formal vertrauenswürdige Institution beteiligt ist? Welche Gespräche mit den Hochschulen zu Fragen der akademischen Zusammenarbeit mit China hat der Senat bereits geführt bzw. plant, zu führen?
8. Inwiefern beteiligten sich oder beteiligen sich bremische Wissenschaftler am „Tausend-Talente-Programm“ der chinesischen Regierung? Wenn ja, um wie viele Wissenschaftler handelt es sich und in welchen Forschungsbereichen waren oder sind diese Wissenschaftler dabei tätig? Inwiefern handelt es sich um sensitive oder „dual use“-Anwendungen, Technologien und Forschungsfelder? Wie schätzt der Senat die Gefahr der Wissenschaftsspionage bzw. des illegitimen Technologie- oder Wissensabflusses durch diese Gastwissenschaftler ein und inwiefern liegen ihm Verdachtsmomente oder konkrete Fälle der Wissenschaftsspionage bzw. des Abflusses von Wissen, Technologien und Know-how vor?
9. Inwiefern sind dem Senat Fälle oder Verdachtsmomente der illegitimen Einflussnahme, des einseitigen Wissens- und Technologietransfers sowie des Einsatzes von chinesischen Studierenden und (Gast-)Wissenschaftlern im Land Bremen zur Spionage durch China bekannt? Welche Konsequenzen gab es aus diesen Fällen und Verdachtsmomenten?

10. Inwiefern kooperiert die Universität Bremen nach Kenntnis des Senats immer noch mit der Shanghai Jiao Tong University und dem Harbin Institute of Technology, wie dies in der Antwort des Senats von Februar 2020 (siehe Drucksache 20/261) angegeben wurde? Wenn ja, in welchen wissenschaftlichen Bereichen findet die Kooperation statt und wie bewertet der Senat diese Kooperation vor dem Hintergrund, dass diese chinesischen Universitäten laut einem Bericht des US-amerikanischen Center for Security and Emerging Technology aus dem Jahr 2021 mutmaßlich den staatlich gelenkten Hackergruppen nahestehen (siehe <https://cset.georgetown.edu/wp-content/uploads/CSET-Academics-AI-and-APTs.pdf>) und das Harbin Institute of Technology zu der Hochschulvereinigung „Seven Sons of National Defence“ gehört, die Forschungsergebnisse sammelt und diese höchstwahrscheinlich für militärische Zwecke von China genutzt werden?
11. Wie bewertet der Senat die Einflussnahme des Konfuzius-Instituts auf die wissenschaftlichen Einrichtungen und Schulen im Land Bremen? In welchem Umfang wird das bremische Konfuzius-Institut derzeit vom Senat mitfinanziert oder anderweitig unterstützt? Wann laufen die Kooperationsverträge mit dem bremischen Konfuzius-Institut aus?
12. Inwiefern sind dem Senat Fälle der Einflussnahme des bremischen Konfuzius-Instituts auf die Wissenschafts-, Lehr- und Meinungsfreiheit sowie Fälle der Wissenschaftsspionage und des Abflusses von Technologien und Know-how im Land Bremen bekannt? Wenn ja, um welche Fälle von wann handelt es sich und welche Konsequenzen wurden aus diesen Fällen gezogen? Wenn nein, wie schätzt der Senat die entsprechenden Gefahren und Risiken ein?
13. Inwiefern will der Senat seine Kooperation mit dem Konfuzius-Institut im Land Bremen aus Sicherheitsgründen beenden, bestehende Verträge überprüfen oder diese neu verhandeln? Sieht der Senat die Notwendigkeit, dass die bremischen Hochschulen und Schulen die Kooperation mit dem Konfuzius-Institut beenden?
14. Welche gesetzlichen und politischen Spielräume stehen dem Senat bei der Gestaltung des Rahmens für die wissenschaftlichen Kooperationen mit China?
15. Wie unterstützt der Senat die bremischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen bei der Abwehr gegen die Wissenschaftsspionage, den einseitigen Wissens- und Technologietransfer sowie die Einflussnahme auf die Wissenschafts-, Lehr- und Forschungsfreiheit seitens der Volksrepublik China? Welche Maßnahmen plant der Senat zusätzlich bzw. zukünftig, um diese Risiken und Gefahren abzuwenden, wie etwa eine Sensibilisierungskampagne oder Maßnahmen zur Stärkung der China-Kompetenz bei den hiesigen wissenschaftlichen Einrichtungen?

Susanne Grobien, Frank Imhoff und Fraktion der CDU